



Volkswirtschafts- lehre für Betriebswirte

Bachelor-Basiswissen

von
Professor
Dr. Josef Puhani

3., aktualisierte Auflage

Oldenbourg Verlag München

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [<http://dnb.d-nb.de>](http://dnb.d-nb.de) abrufbar.

© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wiso@oldenbourg.de
Herstellung: Dr. Rolf Jäger
Coverentwurf: Kochan & Partner, München
Gedruckt auf säure- und chlorfreiem Papier
Gesamtherstellung: Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISBN 978-3-486-59104-0

Vorwort zur dritten Auflage

Eine Einführung in die Volkswirtschaft für Praktiker im Betrieb kann keine Anleitung dafür sein, wie man ein Geschäft oder eine Bank führt, wie man sein Geld gut anlegt oder wie man an der Börse schnell reich wird
(Paul A. Samuelson).

Dennoch ist ein Überblick, wie die Wirtschaft als Ganzes funktioniert, für den einzelnen Betrieb, für seine Mitarbeiter und für den privaten Haushalt eine nützliche Grundlage für Verhaltensweisen und Entscheidungen.

Jedes Unternehmen, jedes Wirtschaftssubjekt ist abhängig von gesamt- und weltwirtschaftlichen Prozessen. Diese Abhängigkeiten in ihrer Komplexität zu durchschauen, ist jedoch nur ein Privileg von wenigen.

Diese elementare Einführung in die Volkswirtschaftslehre ist für Praktiker und für Studenten des Grundstudiums, insbesondere an Fachhochschulen, konzipiert, die im Rahmen ihres betriebswirtschaftlichen Studiums Zugang zu mikro- und makroökonomischen Zusammenhängen finden wollen.

In der vorliegenden dritten Auflage wurden einige Kapitel ergänzt, aktualisiert und neu überarbeitet.

Auswahl und Ordnung des Stoffes sind ausgerichtet auf Leser, die dafür knappe zeitliche Ressourcen zur Verfügung haben und trotz bleibender Lücken einen kompakten Einblick in Inhalte und Methoden der Volkswirtschaft gewinnen möchten.

Besonderen Dank schulde ich Herrn Dipl.-Betriebswirt (FH) Daniel Walzenbach, der in mühevoller Detailarbeit den Text und die Abbildungen in die vorliegende Form gebracht und wertvolle Hinweise gegeben hat.

Ludwigshafen, im März 2009

Josef Puhani

Inhaltsverzeichnis

1	Hauptfragen einer Volkswirtschaft	1
2	Entstehung des Nationaleinkommens	7
2.1	Einkommensbildung in der Produktionswirtschaft	7
2.2	Fall einer geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität	9
2.3	Fall einer offenen Volkswirtschaft mit staatlicher Aktivität	13
3	Wirtschaftskreislauf	17
4	Wirtschaftsverfassung und soziale Marktwirtschaft	21
5	Preisbildung	27
5.1	Nachfrage der Haushalte	27
5.2	Angebot der Unternehmen	35
5.3	Produktions- und Kostenfunktionen	40
5.3.1	Produktionsfunktionen	41
5.3.1.1	Produktionsfunktion mit linear-limitationalen Produktionsfaktoren	41
5.3.1.2	Produktionsfunktion mit substitutionalen Produktionsfaktoren	42
5.3.1.2.1	Produktionsfunktion bei partieller Faktorvariation (Ertragsgesetz)	42
5.3.1.2.2	Produktionsfunktion mit zwei kontinuierlich substituierbaren Produktionsfaktoren	44

5.3.2	Kostenfunktionen	50
5.3.2.1	Kostenfunktion bei linear-limitationaler Produktionsfunktion	50
5.3.2.2	Kostenfunktion bei Gültigkeit des Ertragsgesetzes . . .	51
5.4	Marktformen	52
5.5	Preisbildung bei vollständiger Konkurrenz	52
5.6	Preisregulierung (Mindest- und Höchstpreise)	55
5.7	Preisbildung beim Angebotsmonopol	56
5.8	Preisdifferenzierung	58
5.9	Preisindizes	60
6	Geld, Inflation und Deflation	63
6.1	Geldfunktionen und Geldwert	63
6.2	Das Finanzsystem im Euro-Währungsgebiet	64
6.3	Die Europäische Zentralbank	65
6.3.1	Ziele und Aufgaben	65
6.3.2	Organisation	65
6.3.3	Geldmengenbegriffe	66
6.3.4	Strategie und geldpolitische Instrumente der Europäischen Zentralbank	66
6.3.4.1	Zwei-Säulen-Strategie	66
6.3.4.2	Geldpolitische Instrumente	67
6.3.4.2.1	Offenmarktgeschäfte	67
6.3.4.2.2	Ständige Fazilitäten	69
6.3.4.2.3	Mindestreserven	69
6.4	Geldschöpfung und Geldvernichtung	70
6.4.1	Geldschöpfung und Geldvernichtung durch eine Zentralbank . . .	70
6.4.2	Geldschöpfung und Geldvernichtung durch die Kreditinstitute . .	71
6.4.3	Kredit- und Giralgeldschöpfungssprozess im System der Kreditinstitute	71
6.5	Inflation und Deflation	75
6.5.1	Inflation	75
6.5.1.1	Nachfrageinflation	76
6.5.1.2	Kosteninflation	78

6.5.1.3	Monopolinduzierte Inflation	79
6.5.1.4	Wirkungen der Inflation	79
6.5.2	Deflation	82
6.5.2.1	Weltwirtschaftskrisen	82
6.5.2.2	Wirkungen der Deflation	86
6.5.2.2.1	Stabilisierende Wirkungen der Deflation	86
6.5.2.2.2	Depressive Wirkungen der Deflation	86
7	Elemente der Keynesianischen Theorie zur Erklärung der Höhe des Volkseinkommens	87
7.1	Konzepte zur Erklärung der Höhe des Volkseinkommens und der Beschäftigung	87
7.2	Gesamtwirtschaftliche Güternachfrage	91
7.2.1	Konsumnachfrage	91
7.2.2	Investitionsnachfrage	93
7.2.3	Staatsnachfrage	95
7.2.4	Auslandsnachfrage	95
7.3	Güterwirtschaftliches Gleichgewicht	96
7.4	Multiplikatorprozesse	97
7.5	Geldwirtschaftliches Gleichgewicht	100
7.6	Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	104
7.7	Gleichgewicht auf dem Güter-, Geld- und Arbeitsmarkt (Totalmodell)	107
8	Arbeitslosigkeit	111
8.1	Ursachen der Arbeitslosigkeit	112
8.2	Wirtschaftspolitische Empfehlungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit . .	113
9	Konjunktur und Wachstum	117
9.1	Begriffe	117
9.2	Konjunkturzyklen	117
9.3	Konjunkturindikatoren	119
9.4	Mittel der Konjunkturpolitik	120
9.5	Ein einfaches Konjunkturmodell	121
9.6	Bestimmungsfaktoren des Wachstums	123
9.7	Ein einfaches Wachstumsmodell	125
9.8	Grenzen des Wachstums	127

10 Internationale Wirtschaftsbeziehungen	129
10.1 Wohlfahrtsgewinne durch internationale Arbeitsteilung	129
10.2 Zahlungsbilanz	130
10.3 Entwicklung des Weltwährungssystems	132
10.4 Das Europäische Währungssystem (EWS)	134
10.5 Devisenmarkt und Wechselkurs	135
10.6 Europäische Wirtschafts- und Währungsunion	137
10.6.1 Schritte zur Europäischen Einigung	137
10.6.2 Chancen und Risiken der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	142
10.7 Globalisierung	143
Abbildungsverzeichnis	147
Index	151
Literaturverzeichnis	157

Kapitel 1

Hauptfragen einer Volkswirtschaft

Wirtschaften muss man deshalb, da Mittel zur Bedürfnisbefriedigung knapp sind.

Die Mittel zur Bedürfnisbefriedigung nennt man **Güter**. „Güter“ ist im allgemeinen ein Oberbegriff für Sachgüter und Dienstleistungen.

Güter, die in einem Produktionsprozess eingesetzt werden, nennt man **Produktionsmittel**. Dauerhafte Produktionsmittel werden als **Produktionsfaktoren** bezeichnet. In der Volkswirtschaftslehre unterscheidet man die **Produktionsfaktoren** Arbeit, Boden und Kapital. Zum volkswirtschaftlichen Begriff „Kapital“ (Kapitalstock, Realkapital) gehören Maschinen, Anlagen, Gebäude, Verkehrswege und auch das technische und sonstige Wissen (Know How) einer Volkswirtschaft, das oft als eigener Produktionsfaktor „Technischer Fortschritt“ bezeichnet wird. Gelegentlich rechnet man den Boden mit zum Kapital.

Die Produktionsfaktoren, über die eine Volkswirtschaft verfügt, sind begrenzt, und damit die Güter, die maximal produziert werden können.

Diese Knappheit kann vermindert werden, wenn man entweder die Bedürfnisse einschränkt oder die Produktionsmöglichkeiten erhöht.

Eine ganz wesentliche Möglichkeit zur Erhöhung der Produktionsmöglichkeit besteht – unabhängig vom Wirtschaftssystem – in der **Arbeitsteilung**. Arbeitsteilung ermöglicht den Einsatz spezialisierter Maschinen und damit kostengünstige Massenproduktion; Menschen mit unterschiedlichsten Fähigkeiten können so im Produktionsprozess eingesetzt werden, dass sie ihre speziellen Fertigkeiten am besten ausschöpfen.

Arbeitsteilung schafft andererseits Abhängigkeiten zwischen Menschen und Betrieben und zwingt zu einer straffen Arbeitsdisziplin. Die Beziehung zum erstellten Produkt geht verloren, einseitige Beanspruchungen und vorgegebenes Arbeitstempo bei standardisierten Fertigungstechniken vermindern die Arbeitslust. Ist die Art und die Menge der Nachfrage im Voraus nicht bekannt, kann es zu Über- und Unterproduktion kommen.

Arbeitsteilung gibt es innerbetrieblich, zwischenbetrieblich und auch international, d. h. zwischen den einzelnen Volkswirtschaften und Wirtschaftsböcken.

Infolge der Knappheit der Produktionsfaktoren und damit der Knappheit an produzierbaren Gütern entstehen mehrere zentrale Fragen:

- Was soll produziert werden? Welche Güter sollen in welchen Mengen produziert werden? Wer entscheidet darüber, was produziert werden soll?
- Wie soll produziert werden? Welche Produktionsverfahren sollen verwendet werden? Wer entscheidet über die Produktionsverfahren?
- Für wen soll produziert werden? Wer erhält welchen Anteil am Produktionsergebnis? Wer entscheidet über die Verteilung?
- Wo soll produziert werden? Wo ist der optimale Standort im nationalen und internationalen Rahmen?
- Wann soll produziert werden? Soll man in der Gegenwartsperiode möglichst viele Konsumgüter produzieren oder doch mehr Investitionsgüter, um damit in Zukunft mehr Konsumgüter herstellen zu können?

Soll die Lösung dieser Fragen durch eine zentrale Planungsinstanz oder dezentral durch Entscheidungen von Millionen von Unternehmen und Haushalten, gesteuert durch den Preis- und Gewinnmechanismus, geregelt werden?

Der Fragenkatalog, mit dem volkswirtschaftliche Probleme umschrieben werden können, ist nahezu unerschöpflich:

Warum verändern sich die Preise auf einzelnen Märkten? Wie kommt es zu Inflation oder Deflation? Wer produziert Geld und wie kommt es in Umlauf? Wodurch werden Geldmenge und Zinssatz bestimmt? Wie ist es möglich, dass Millionen arbeitslos werden können? Wieso wechseln wirtschaftlich gute und schlechte Zeiten? Wovon hängt das wirtschaftliche Wachstum ab? Wodurch sind die Handels- und Geldströme zwischen Inland und der Übrigen Welt (Ausland) bestimmt? Welche Möglichkeiten hat der Staat, wirtschaftspolitische Ziele zu realisieren?

Bei wirtschaftspolitischen Zielen kann man zwischen dem allgemeinen Ziel der Wohlfahrtsmaximierung (Maximierung der Lebensqualität) und messbaren wirtschaftspolitischen (Unter-)Zielen unterscheiden.

Sofern z. B. staatliche Maßnahmen die Wohlfahrt aller Bürger steigern, steigt unbestritten die Wohlfahrt der Gesellschaft. Dieser Idealfall dürfte allerdings in den seltensten Fällen beobachtbar sein. Man stelle sich eine Volkswirtschaft vor, die von der Außenwelt durch unüberwindbare Berge und an einer Engstelle durch einen hochwassererzeugenden See umgrenzt ist. Bei einer einzelwirtschaftlichen Lösung des Hochwasserproblems müsste jeder Bürger dieses Landes um sein Haus einen eigenen Damm bauen. Bei einer „staatlichen“ Lösung könnten die Bürger beschließen, gemeinsam nur einen Damm an der Engstelle zu errichten. Jeder einzelne Bürger hätte dann weniger Mühen und Kosten als bei der Einzellösung. Man kann also zweifelsfrei von einer Wohlstandsmehrung

in einer Gesellschaft nur dann sprechen, wenn der Nutzen von Bürgern steigt, ohne dass auch nur bei einem einzigen Bürger dessen Nutzen fällt.

Führen staatliche Maßnahmen, z. B. Erhöhung des Kindergeldes, zu Wohlfahrtssteigerungen bei einem Teil der Bürger, die andere zu bezahlen haben, kann man nicht mehr allgemein sagen, dass die Wohlfahrt der Gesellschaft gestiegen sei. Individuelle Nutzen sind nicht vergleichbar und lassen sich nicht zur gesellschaftlichen **Wohlfahrt** aufaddieren. Als Hilfsgröße zur Messung der gesellschaftlichen Wohlfahrt wird häufig das Nationaleinkommen pro Kopf herangezogen. Wie problematisch diese Messgröße ist, wird deutlich, wenn man neben dem materiellen Lebensstandard (Einkommen) auch Freizeit, Arbeitsklima, Umwelt, Lebenserwartung, Gesundheit, Bildungschancen, Freiheit und Möglichkeiten der Selbstverwirklichung zur Beurteilung der Lebensqualität mit heranzieht.

Letztlich kann also nicht festgestellt werden, ob „die Deutschen“ oder „die Italiener“ ein höheres Wohlfahrtsniveau haben.

Diverse Unterziele des Oberziels „Maximierung der Wohlfahrt der Gesellschaft“ sind allerdings messbar, auch die im **Stabilitätsgesetz** der Bundesrepublik Deutschland verankerten wirtschaftspolitischen Ziele:

Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft aus dem Jahre 1967 stellt in § 1 fest, dass Bund und Länder wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen so zu treffen haben, „...dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.“

Neben diesen Hauptzielen, denen manche noch das (erklärungsbedürftige) Ziel einer „gerechten Einkommensverteilung“ hinzufügen, sind zusätzlich Zwischen-, Unterziele und auch Nebenziele konstruierbar.

Das Verhältnis der Ziele kann nun so sein, dass sie sich harmonisch, neutral oder konfliktär untereinander verhalten.

Harmonisch verhalten sich Ziele dann, wenn man sich mit dem Erreichen des Zieles A (z. B. hohes Wirtschaftswachstum) gleichzeitig dem Ziel B (z. B. Vollbeschäftigung) nähert.

Neutral wären Ziele dann, wenn mit Annäherung an Ziel A der Zielerreichungsgrad des Zieles B unverändert bleibt. Wegen allgemeiner Abhängigkeit wirtschaftspolitischer Prozesse untereinander (**Interdependenz**) ist eine Zielneutralität in der Praxis nicht gegeben.

Ein besonderes Problem mit großer praktischer und politischer Tragweite sind **Zielkonflikte**.

Sofern ein Ziel nur auf Kosten eines anderen Ziels verwirklicht werden kann, spricht man auch von Zielkonkurrenz. Den Zielkatalog des Stabilitätsgesetzes bezeichnet man als magisches Viereck. Mit der Beschreibung „magisch“ bringt man zum Ausdruck, dass Wirtschaftspolitiker schon Fähigkeiten von Zauberern besitzen müssten, um gleichzeitig alle Ziele realisieren zu können.

Ob ein Zielkonflikt vorliegt, hängt häufig von der wirtschaftspolitischen Ausgangssituation ab: Eine Erhöhung der staatlichen Nachfrage nach Gütern (Ausbau von Verkehrswegen, Krankenhäusern, Schulen, Ausgaben für Forschung, Verteidigung, Umweltschutzmaßnahmen usw.) kann bei bestehender Massenarbeitslosigkeit dem Ziel der **Vollbeschäftigung** dienen, ohne kurzfristig das Ziel der **Preisstabilität** zu gefährden. Ist dagegen die Ausgangssituation durch Arbeitslosigkeit und Preisinflation gekennzeichnet, dann dürfte eine Erhöhung der staatlichen Nachfrage zwar die Arbeitslosigkeit abbauen, aber gleichzeitig die Inflationstendenzen verstärken.

Vor allem die angebliche Unvereinbarkeit der Ziele Vollbeschäftigung und Preisstabilität sind insbesondere in den Sechziger- und Siebzigerjahren (unter dem Stichwort „**Phillipskurve**“) diskutiert worden. Schenkt man diesem umstrittenen Zusammenhang Glauben, so wären moderne Volkswirtschaften so geartet, dass eine Verbesserung der Beschäftigungssituation und damit auch des Wachstums durch etwas Inflation begünstigt wird. Die empirische Beobachtung für die Bundesrepublik Deutschland und auch andere Länder lassen allenfalls für bestimmte Perioden solche Vermutungen zu. Überwiegend betrachtet man heute Preisstabilität als notwendige Voraussetzung für störungsfreies Wachstum.

Wirtschaftspolitische Rezepte wie auch zugrundeliegende Theorien waren und sind dem Wandel unterworfen, der häufig durch Änderungen in der ökonomischen Realität initiiert wurde. Die Idealvorstellung könnte sein, für auftretende ökonomische Probleme sofort die Erklärungsmodelle und die erforderlichen wirtschaftspolitischen Instrumente bereitstellen zu können oder gar die Methoden geliefert zu bekommen, um Missverhältnisse von vornherein zu verhindern. Warum ist die Volkswirtschaftslehre nicht in der Lage, in jeder Situation praktische Problemlösungen zu liefern?

In den Wirtschaftswissenschaften haben wir es nicht mit streng determinierten Prozessen zu tun, sondern vielmehr mit Prozessen, bei denen es in der Regel keinen strengen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang gibt. Ökonomische Prozesse sind geprägt von Verhaltensweisen und von Entscheidungen unter Unsicherheit sowie den Auswirkungen der Meinungskumulation. (Die Meinungsäußerung eines bekannten Börsen-Gurus kann ausreichen, um die „Lemminge“ alle in dieselbe, aber nicht notwendigerweise richtige Richtung laufen zu lassen).

Nicht immer liegt der Grund in der Unzulänglichkeit der wissenschaftlichen Erkenntnis. Es mag auch vorkommen, dass Forschungsergebnisse nicht oder nicht schnell genug umgesetzt werden, weil sie politisch nicht opportun erscheinen.

Dieses Buch kann nicht helfen, diese Probleme zu lösen, aber möglicherweise dazu beitragen, dass der Leser aufgeschlossener und kritischer seine Zeitung liest, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge bei betriebswirtschaftlichen Entscheidungen mit ins Kalkül zieht, über den parteipolitischen Tellerrand blickt oder Zugang zum Studium der Volkswirtschaftslehre findet.

Die thematische und inhaltliche Breite ist auf Leser ausgerichtet, für die Zeit ein knappes Gut ist, aber auch punktuelle Einblicke in abstrakte Bereiche volkswirtschaftlicher Modelle nicht scheuen.

Wir werden uns zunächst damit beschäftigen, wie das Nationaleinkommen durch den Produktionsprozess entsteht, in welcher Beziehung die Sektoren einer Volkswirtschaft

zueinander stehen und in welche Wirtschaftsordnung sie eingebettet sind. Dann wenden wir uns der Frage zu, wie sich Preise auf den Märkten bilden, wobei wir uns auf die Marktform der vollständigen Konkurrenz und des Angebotsmonopols beschränken. Zuvor wollen wir zeigen, wie Nachfrage und Angebot auf den Märkten aus den einzelwirtschaftlichen Verhaltensweisen der privaten Haushalte und Unternehmen herleitbar sind. Im Kapitel 6 richten wir unser Augenmerk auf das Geld in einer Volkswirtschaft: Welche Funktionen hat Geld, wie wird im Wirtschaftsprozess Geld ständig geschöpft und vernichtet? Wie kann Inflation und Deflation entstehen und welche Auswirkungen hat sie? Wie können Zentralbanken Einfluss auf die Geldmenge, den Zinssatz und damit auf die Gütermärkte nehmen? In Kapitel 7 skizzieren wir die Keynesianische Theorie, die wohl bekannteste Theorie des 20. Jahrhunderts zur Erklärung der Höhe des Volkseinkommens und der Beschäftigung. In den Folgekapiteln beschäftigen wir uns mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und geben einen kurzen Einblick in die Bereiche Konjunktur und Wachstum, um mit dem Kapitel „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ zu schließen, in dem wir den Wohlstandseffekt des freien Außenhandels, die Erfassung der ökonomischen Transaktionen mit der Übrigen Welt, die Entwicklung des Welt-Währungssystems und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Globalisierung in den Vordergrund stellen. Mit dem Thema „Öffentliche Finanzwirtschaft“ (und vielen anderen Fragen) werden wir uns nicht auseinandersetzen.

Kapitel 2

Entstehung des Nationaleinkommens

Um Begriffe wie „**Nationaleinkommen**“ (früher Sozialprodukt) oder „**Volkseinkommen**“ besser zu verstehen, werden wir so vorgehen, dass wir zumindest in vereinfachter Weise den Prozess der Einkommensentstehung zunächst in einem einzelnen Produktionsunternehmen betrachten und dann die Einkommen in allen Produktionsunternehmen miteinander addieren.

Die Einkommensbildung in Haushalten (vgl. hierzu Kapitel 3) vernachlässigen wir.

Ferner gehen wir zunächst von der Vorstellung aus, dass es keine staatliche Aktivität und keine „Übrige Welt“ (kein Ausland) gibt, mit dem Handels- oder sonstige Beziehungen bestehen (Annahme einer „geschlossenen Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivität“).

2.1 Einkommensbildung in der Produktionswirtschaft

Auf der Sollseite (Aufwandsseite) unseres „Produktionskontos“ eines Unternehmens finden wir den in Geld ausgedrückten Verzehr an Gütern, der in einer Periode stattgefunden hat.

„**Abschreibung**“ ist ein Ausdruck für die an dauerhaften Produktionsmitteln im Laufe der Periode eingetretene Wertminderung (steuerlich: AfA, d. h. Absetzung für Abnutzung).

Auf der Habenseite ist der in einer Periode erzielte Ertrag festgehalten, wobei wir hier neben dem Umsatz auch eine (hier positive) Bestandsänderung an Halb- und Fertigfabrikaten und selbsterstellte Anlagen berücksichtigen wollen.

Der in der betrachteten Periode ausgewiesene „**Gewinn**“ ist die Differenz (der Saldo) zwischen dem Periodenertrag und dem Periodenaufwand (vgl. Abbildung 2.1).